

Bericht aus der Gemeinderatssitzung 05-26 vom 19.05.2026

Liebe Newsletter-Abonnenten, liebe Mitglieder, vielleicht haben Sie schon die Berichte in der BNN oder auf Social-Media zum abgesetzten Tagesordnungspunkt „Lernort Kislau“ gelesen. Warum wir uns für die Absetzung eingesetzt haben, erläutern wir gerne – gewohnt sachlich und klar – hier im Newsletter. Auch die Art der Vergabe von weiteren Arbeiten im Zuge der Sanierung des früheren Rathauses in Langenbrücken bleibt konstanter Quell vermeidbaren Ärgers: Die Verwaltung hat es versäumt, den Gemeinderat vor Beauftragung der Fenster und Innenausbauarbeiten über die Gestaltung der Fassade und der Raumnutzung beraten und beschließen lassen. Dafür sind die Aussichten für dieses lange Pfingstwochenende herrlich! Genießen Sie das tolle Wetter - und mit Abstand werden wir Gemeinderäte das eine oder andere leichter nehmen.

Die wichtigsten Entscheidungen im Überblick

- Bebauungsplan "Lernort Kislau" wurde auf Antrag der CDU-Fraktion durch die Mehrheit der Gemeinderäte abgesetzt. Die Hintergründe erläutern wir im Folgenden.
- Der Gemeinderat billigt die Teilnahme am Projekt "Zukunftskommune" der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe (UEA)
- Die Verwaltung übergibt erneut den Gemeinderat und startet mit Arbeiten am Rathaus Langenbrücken, bevor der Rat final über Fassadengestaltung und Innenraumnutzung beschlossen hat.

Bebauungsplan "Lernort Kislau" (TOP 3)

In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir als CDU-Fraktion beantragt, den Bebauungsplan „Lernort Kislau“ von der Tagesordnung abzusetzen. Dies wurde von der Mehrheit des Gemeinderates unterstützt.

Lernort Kislau: Ja – und zwar mit einem Plan, der auch eine Umgehungsstraße ermöglicht. Unsere Haltung zum Lernort Kislau ist eindeutig: Wir befürworten dieses Projekt! Ein Dokumentationszentrum zur Geschichte des Nationalsozialismus an einem Ort mit historischer Bedeutung ist wichtig – für Bad Schönborn, für die Region und für kommende Generationen. Das stand nie zur Debatte.

Warum haben wir dann die Absetzung beantragt?

Die CDU-Fraktion will zwei wichtige Projekte in Einklang bringen:

Das Interesse eines **Lernorts zur Erinnerung und Aufklärung UND** das sehr berechtigte Interesse einer nachhaltigen **Entlastung der Bürger entlang der B3.**

Die aktuell vorliegenden Unterlagen zeigen u.a. eine Überplanung der Trasse, die bei einem Bau der Umgehungsstraße K 3576 als Ersatzzufahrt zum Schloss Kislau gebraucht wird. In der Folge würden

teilweise Rückbau oder gar Enteignung drohen, sobald die Umgehungsstraße realisiert werden soll. Oder der Lernort würde den Bau der Umgehungsstraße gänzlich unmöglich machen. Daran hätte die von der Verwaltung als vermeintliche Lösung vorgeschlagene bedingte Festsetzung nichts geändert.

Wir können keinem Bebauungsplan zustimmen, der solche Konflikte schafft, statt sie mit Weitsicht von vorneherein erst gar nicht entstehen zu lassen.

Unser Antrag auf Absetzung mag der eine oder andere nun als ‚Blockade‘ zum Lernort Kislau darstellen wollen. Es ist ein klares Ja zu einer Planung, die wirklich trägt.

Unterstützung für diese Position fanden wir bei den Freien Wählern und bei einigen Vertretern der UBBS. Somit wurde der Tagesordnungspunkt mit 12:8 Stimmen abgesetzt.

Teilnahme am Projekt "Zukunftskommune" der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe (UEA) sowie Förderantragstellung KfW 432 (TOP 2)

Bad Schönborn nimmt am Projekt „Zukunftskommune“ der Umwelt- und Energieagentur Kreis Karlsruhe teil. Das Programm bündelt 23 bereits definierte Maßnahmen zu Themen wie Wärmeversorgung im Kurbiet Mingolsheim, Freiflächen-Photovoltaik, Parkraummanagement und auch visionäre Projekte wie *Seethermie*. Die Agentur hilft der Gemeinde, passende Fördermittel zu beantragen, ohne sich selbst durch komplexe Programme arbeiten zu müssen. Über das KfW-Programm 432 können dabei bis zu 75 % der förderfähigen Kosten erstattet werden. Auch Bürger sollen von Beratungsleistungen profitieren können. Dem stimmte der Rat einstimmig zu.

Sanierung Rathaus Langenbrücken geht mit Fensterarbeiten und Trockenbau voran – obwohl der Gemeinderat bisher weder die Fassadengestaltung noch die Innenraumnutzung formal beschlossen hat (TOP 8+9)

Noch bevor die beiden Tagesordnungspunkte inhaltlich diskutiert wurden, machte Jochen Fellhauer darauf aufmerksam, dass Arbeiten vergeben werden sollen, ohne dass der Gemeinderat bisher die Außengestaltung als auch die Innenraumaufteilung beschlossen hat. Im Licht der Tatsache, dass insbesondere das Nutzungskonzept der Obergeschosse, aber auch die Gestaltung des Atriums zuletzt kontrovers diskutiert wurden, mehr als verwunderlich.

BM Hüge machte erneut Zeitdruck bei der Projektabwicklung geltend und nahm die Vergabe nicht von der Tagesordnung. Aus Protest enthielten sich neben der CDU-Fraktion zahlreiche weitere Gemeinderäte bei der Abstimmung.

Mit knapper Mehrheit wurden dann doch sowohl Fensterbauarbeiten (Metallbau Machauer GmbH aus Waghäusel, € 233.736,52€) als auch Trockenbauarbeiten (Akustika G.b.R. aus Heidelberg, € 130.146,87€) vergeben.

Weitere Themen der Sitzung

Die Änderung des Bebauungsplanes "Kurgebiet" Bad Mingolsheim (TOP 4)

An der Stelle des früheren Tanzlokals „Mühlbachhof“ am Ortseingang Mingolsheim – im Volksmund auch häufig „Hühnerstall“ genannt – soll ein Ärztehaus entstehen. Die Beratung dazu wurde von der Verwaltung wegen Klärungsbedarf in den nichtöffentlichen Teil verschoben.

Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Lußhardtsee“ / Kronau (TOP 5)

Zwischen Logistik- und Industriequartier A5 an der Autobahnanschlussstelle und dem Lußhardtsee Kronau soll eine rund 3,8 Hektar große Fläche des stillgelegten Kieswerks / Kalksandsteinwerks für neues Gewerbe genutzt werden. Dazu muss der bisherige Flächennutzungsplan geändert werden. Der Gemeinderat stimmte zu, über den gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Bad Schönborn/Kronau, die Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten und einen Vorentwurf zur frühzeitigen Beteiligung von Öffentlichkeit und Behörden freizugeben.

Umlegungsausschuss für die Baulandumlegung „Langenbrücken-West“ berufen (TOP 6)

Auch das Projekt „Langenbrücken-West“ geht voran. Ein Umlegungsausschuss entscheidet über ggf. notwendige Umlegungen von Grundstücken im zukünftigen Baugebiet (Bauabschnitt 1a). Bei der letzten Gewerbegebietsentwicklung im Sand hatten wenige Eigentümer lange das ganze Projekt aufhalten können. Dieses Risiko wird nun durch die Möglichkeit eingehegt, Grundstücke umzulegen. Das beschloss der Gemeinderat mit großer Mehrheit bei 2 Gegenstimmen (FW).

Vergabe Reinigungsleistungen kommunaler Gebäude (TOP 7)

€ 650.000 Euro muss die Gemeinde zukünftig jährlich für die Grundreinigung der kommunalen Gebäude wie Rathäuser, Schulen und Sporthallen ausgeben. Das ist ca. 30% teurer als bisher. Tariflohnerhöhung und auch die Verteuerung von Erdöl als Basis für Reinigungsmittel treiben die Kosten. Bei dem bisherigen Service-Dienstleister kamen zuletzt vermehrt Beschwerden über mangelnde Qualität. Die im Rahmen einer neuerlichen Ausschreibung als günstigster Anbieter identifizierte Reinigungsfirma arbeitet bereits für das Landratsamt und weitere Schulen im Umfeld und genießt einen guten Ruf. Außerdem können sich auf die Feuerwehren freuen: Zukünftig soll dort intensiver gereinigt werden.

Vergabe des Leasings für die EDV-Hard- und Software für die Gemeindeverwaltung (TOP 10)

Das Leasing der derzeitigen Hard- und Software der Verwaltung läuft zum 30.06.2026 aus und muss neu vergeben werden. Insgesamt werden 65 Arbeitsplätze in der Kernverwaltung und weitere in den Außenstellen ausgestattet werden (PC, Bildschirme, Lizenzen), dazu Netzwerkspeicher, neue USV-Batterien sowie drei Serversysteme beschafft. Wie schon bisher stellt die Firma Plannix aus Bruchsal Ausstattung für 4,5 Jahre für ca. € 214.000. Auf Rückfrage von Jochen Fellhauer bestätigte Frau Gatzke, dass mittelfristig mehr Anwendungen als Cloud-Dienstleistungen von zentralen Rechenzentren bezogen

werden – schon allein aus IT-Sicherheitserwägungen heraus. Da diese Angebote im öffentlichen Bereich allerdings noch nicht so flächendeckend wie in der freien Wirtschaft verfügbar sind, hat sich die Verwaltung bewusst entschieden, zunächst weiter auf lokal betriebene Software zu setzen.

Einsatz von Bundesfreiwilligendienstleistender an Schulen (TOP 12)

Im Rahmen der Haushaltsplanungen 2026 hatte der Gemeinderat entschieden, aus Kostengründen ab dem kommenden Schuljahr keine Freiwilligendienstleistende („Bufdi“) an den Schulen einzusetzen. Die Schulen hatten im März einen Antrag auf Aufhebung dieses Beschlusses gestellt.

Der zuständige Ausschuss hatte sich im Vorfeld mit dem Sachverhalt befasst und sich dafür ausgesprochen, Einsatz an Grundschulen zunächst befristet auf ein Jahr zuzulassen. Dem hat der GR einstimmig zugestimmt.

Beschluss über die Gewährung von Darlehen durch kommunale Stiftungen an den Eigenbetrieb Wasserversorgung (TOP 13)

Die Gemeinde plant für den Eigenbetrieb Wasserversorgung 2026 mit einem Investitionsbedarf in Höhe von ca € 1,5 Mio. In Teilen werden diese Investitionsmaßnahmen in Infrastruktur nicht über eine Bank finanziert, sondern durch Darlehen der kommunalen Stiftung „Bürger in Not“ (€ 130.252) und der Oberbauer’schen Waisenstiftung (€ 700.000). Laufzeit jeweils 5 Jahre.

Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Thermarium GmbH & Co. KG (TOP 14)

Das Thermarium hat 2025 die Beton-Überzüge der tragenden Dachkonstruktion ihres Gebäudes sanieren lassen, um diese gegen eindringendes Niederschlagswasser zu schützen und energetisch zu verbessern. Hierfür hat ihr die Sparkasse Kraichgau im Juli 2025 ein Darlehen in Höhe von € 840.000 gewährt. Die Gemeinde hat dafür eine Bürgschaft übernommen.

Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Kurbetriebs GmbH (TOP 15)

Zur Finanzierung der Baumaßnahme Verlegung Wellmobil Park hat die Kurbetriebs GmbH ein Darlehen von der Sparkasse Kraichgau in Höhe von € 530.000 aufgenommen. Um günstigere Kommunal-kreditkonditionen von der Bank zu erhalten war eine Ausfallbürgschaft der Gemeinde erforderlich.

Anfragen und Bekanntgaben

Ein besorgter Bürger fragte nach, ob zukünftig Bekanntmachungen seitens der Verwaltung nicht mehr über das Mitteilungsblatt erfolgen werden. Sowohl BM Hüge als auch Hauptamtsleiterin Frau Gatzke stellten klar, dass auch weiterhin Satzungsänderungen über das Mitteilungsblatt angekündigt. Der volle Wortlaut der Satzung kann dann online eingesehen werden.

Erneut nahm ein Bauherr der Waldparkstraße die Sitzung wahr, um BM Hüge nach dem neusten Sachstand zu befragen. (Wir berichteten schon häufiger über den Sachverhalt.)